

Von Anerkennung bis Zugehörigkeit. Kinderrechte und Teilhabe in der Institution Schule

Caroline Bühler • caroline.buehler@phbern.ch Ursula Fiechter • ursula.fiechter@phbern.ch Simone Suter • simone.suter@phbern.ch

Kinder und Jugendliche haben das Recht, am Gesellschaftsleben teilzunehmen, ihre Meinung zu äußern und gehört zu werden. Sie gelten als eigenständige Rechtssubjekte. So ist es in der UN-Kinderrechtskonvention festgehalten. Diese umfasst das Recht auf Beteiligung, das Recht auf Nichtdiskriminierung, das Recht auf Leben und Entwicklung sowie die Einhaltung der Kindesinteressen. Daraus ergibt sich auch für Schulen nicht nur die Verpflichtung, die psychische und physische Integrität sowie die Autonomie junger Menschen zu achten und zu fördern, sondern auch ihre aktive Teilhabe am schulischen Alltag und an Bildungsprozessen zu ermöglichen. Kinderrechte sind in der Schule folglich nicht nur ein Lern- und Unterrichtsgegenstand, sondern sie betreffen die gesamte pädagogische Praxis und Schulkultur.

Partizipation in Schulen steht in einem wechselseitigen Verhältnis zu Inklusionsdebatten sowie Fragen der Chancengleichheit. So zeigen beispielsweise Forschungen aus intersektionaler Perspektive auf, dass Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien oder mit Migrationsgeschichte überproportional häufig von exkludierenden Strukturen und Prozessen betroffen sind. Dies hat langfristige Auswirkungen auf ihre Teilhabemöglichkeiten. Im Umgang mit den vielfältigen Herausforderungen im Schulfeld gehört es für professionelles Handeln von Lehrpersonen dazu, Sensibilität für Differenzen zu entwickeln, diese kritisch zu analysieren sowie gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Wir freuen uns über Beiträge, die sich kritisch mit theoretischen Konzepten, empirischen Studien, Praxisprojekten oder innovativen Ansätzen zu folgenden Fragen befassen:

- Wie gelingt es, Integrität und Partizipation im Sinne einer authentischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Schule zu stärken? Und damit verbunden: Wie können Kinder und Jugendliche darin unterstützt werden, sich selbstbestimmt für ihre eigenen Anliegen und die anderer einzusetzen?
- Welches Potenzial bieten kindzentrierte und partizipative Ansätze, insbesondere im Hinblick auf Prozesse politischer Beteiligung sowie auf die Analyse von Mechanismen schulischer Grenzziehungsprozesse und Exklusion?
- Welche Möglichkeiten haben Lehrpersonen in multiprofessionellen Teams in der Schule und in erweiterten sozialräumlichen Settings, um ihr Handeln in Bezug auf kinderrechtsbezogene Fragen analysieren sowie Anerkennung und Zugehörigkeit im Schulalltag fördern zu können?

Deadline für den offenen Call: 30. September 2025, bitte per mail an die Herausgeber*innen des Hefts (s.o.) senden Erscheinungstermin: September 2026

Im journal für lehrerInnenbildung werden vier Themenhefte pro Jahr herausgegeben. Seit 2017 werden mehrere Beiträge jedes Heftes nach einem offenen Call ausgewählt. Weitere Beiträge werden wie bis anhin von den für das jeweilige Heft verantwortlichen Herausgeber*innen eingeworben. Die abschließende Auswahl liegt bei den für das Themenheft verantwortlichen Herausgeber*innen.

Kriterien für offenen Call: Die Beiträge sollen die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen fokussieren bzw. einen Zusammenhang zur Lehrer*innenbildung aufweisen und zum Heftthema passen.

Das jlb publiziert nur Erstveröffentlichungen. Es sind verschiedene Beitragstypen möglich: Überblicksartikel, Forschungsberichte, Erfahrungsberichte und Konzeptbeschreibungen. Die Textlängen bewegen sich je nach Beitragstyp zwischen 10.000 und 20.000 Zeichen (mit Leerzeichen).

Im offenen Call wird ein Abstract (max. eine A4-Seite) zum Thema des Heftes erwartet. Darin enthalten sind Bezüge zur wichtigsten Forschungsliteratur und eine Angabe zum Beitragstyp.